

Bezugspreis: Vierteljährlich 4. — ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kompatzelle ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 18. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verzweiflungskampf in Rußland.

In Rußland drängt es zur Entscheidung. Der ganze Nordosten ist ein Kriegslager.

In Riga scheint sich das Blatt zugunsten Bernondt Walsoffs gewendet zu haben, der in der Eisen- und Divisions eine gute Truppe gefunden hat.

Rußland in Geburtswehen — und niemand weiß, welche den Weltlauf bestimmenden Entscheidungen in diesem rätselhaften Lande heranziehen!

Bestialitäten deutscher Landsknechte in Schaulen.

Vor einiger Zeit brachten wir eine Nachricht, nach der Litauer ein deutsches Krankenhaus in Schaulen erobert hätten.

Am 28. September fanden in Schaulen Umzüge wegen der Unabhängigkeitserklärung Litauens statt.

dem sozialdemokratischen Redner Genossen Bielinsk. Die deutsche Soldateska nahm dabei eine feindliche Haltung an.

Am 29. September wurde das Gymnasium von Schaulen besetzt. Als am nächsten Morgen die Schüler zum Unterricht zusammenkamen, wurde unter den Knaben und Mädchen ein Blutbad angerichtet.

Am bestialischsten zeigte sich der führende Rittmeister Platen, der sich durch gefangene Polische Wisten, die den Befehl zum Angriff auf die lettischen Schüler verweigerten, nicht beschämen ließ.

Treffender als durch diese Schilderungen kann die Qualität der Soldateska, die zum Schutze der deutschen Kultur zu kämpfen vorgab, nicht gekennzeichnet werden.

Ende des Heizerstreiks.

Der Sympathiestreik der Heizer und Maschinisten ist beendet. In allen Betrieben, wo die „Technische Nothilfe“ nicht mehr beschäftigt ist und aus den Betrieben zurückgezogen wurde, nehmen die Maschinisten und Heizer die Arbeit umgehend wieder auf.

Es schweben Verhandlungen, daß die „Technische Nothilfe“ sofort zurückgezogen wird, damit die Heizer und Maschinisten überall die Arbeit wieder aufnehmen können.

Die Gewerkschaftskommission Groß-Berlins. Die Fünfschuer-Kommission. Blumenthal.

Ausstand der Berliner Straßenbahner?

Eine Korrespondenz meldet: Infolge des Erlasses des Oberbefehlshabers Rode, der Aufhebung zum Streik in Wort und Schrift verbietet, hat der Arbeiterausschuss der Straßenbahner den Beschluß gefaßt, den Straßenbahnverkehr lahmzulegen.

Gegen Mittag tauchten an allen Stellen der Stadt Leute auf, welche den Fahrern zuriefen, sie möchten sofort auf die Bahnsteige fahren, da der Arbeiterausschuss den Verkehr lahmzulegen gedenke.

Aufforderung, sondern führen weiter. Es entstanden am Galleischen Tor und Potsdamer Platz längere Störungen und einige Fahrer lenkten tatsächlich nach den Bahnhöfen um.

Renners Antrittsrede.

Am Schluß der Freitagssitzung der Wiener Nationalversammlung, in der die neue Koalitionsregierung ihr Programm vortrug (siehe Morgenblatt), hielt Staatskanzler Renner seine Antrittsrede, worin er als Pflicht der Regierung betonte, dem im Gesetz ausgesprochenen Volkswillen Achtung und Geltung jedermann gegenüber zu verschaffen.

Renner schloß mit den Worten: „In dieser Arbeitsgemeinschaft liegt keine Aufopferung und kein Verrat von Prinzipien, sondern die stolze Tat der Selbstüberwindung.“

Ein Schlusswort zur „Entschiedenem Schulreform“.

Von Konrad Gaenisch.

Die taktische Lage (oder ist es eine strategische?), in der ich mich im Augenblick befinde, entbehrt nicht der Tragikomik: von der Presse der Rechten her geht seit Wochen ein wahres Trommelfeuer von Angriffen auf mich nieder.

Zu gleicher Zeit aber werde ich nun auch von der anderen Seite, von der Seite der „entschiedenen Schulreformer“ her aufs Schärfste angegriffen.

Sollte diese Gleichzeitigkeit und die annähernd gleiche Heftigkeit der Angriffe von rechts und links nicht doch vielleicht ein Beweis dafür sein, daß — nach dem Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte — die von mir eingeschlagene Politik die zurzeit einzig mögliche und daher im wesentlichen (über Einzelheiten lasse ich gern mit mir reden) auch die richtige ist?

Eines gebe ich dem Genossen Paul Westreich auf seinen Artikel in Nr. 531 des „Vorwärts“ ohne weiteres zu: Ich gehöre in der Tat zu den Leuten, denen Gewaltanwendung in geistigen Dingen aufs äußerste verhaßt ist.

Daß, wo solche Mittel gar nicht zum Ziele führen wollen, auch einmal fest zugegriffen werden muß, weiß ich natürlich so gut wie jeder andere und habe nach dieser Erkenntnis auch bereits in mehr als einem Falle gehandelt.

Am einzelnen möchte ich zu den zahlreichen Beschwerden des Genossen Paul Westreich in aller Kürze nur noch das Folgende bemerken:

Erstens: Heißt er mir einen gangbaren Weg, die für entscheidende Schulreformen nun einmal erforderlichen Millionen locker zu machen, so kann er meines aufrichtigen Dankes gewiß sein. Er möge mir glauben, daß niemand in Deutschland lebt, der die groteske Situation, in der heute der Kultusminister des größten Gliedstaates steht, furchtbarer empfindet als ich. Da hat man jahrelang in Wort und Schrift unermüdet ein umfassendes sozialistisches Kulturprogramm verfochten. Reichste Mittel zu seiner Durchführung standen zu Gebote. Aber die Hände waren einem gebunden, jede Möglichkeit war einem genommen, selbst Hand ans Werk zu legen. Und nun plötzlich ist man selbst an die entscheidende Stelle getreten, theoretisch wäre man in der Lage, in kühnem Vorwärtstreiben sein Kulturprogramm restlos durchzuführen. Da aber liegt nun der ganze Staat in Trümmern, alle Kassen sind leer und das Geld des allgemeinen Bankrotts erhebt drohend sein Haupt. Wieder also sind einem — nur von der anderen Seite her — die Hände gebunden und anstatt die völlige Unentgeltlichkeit aller Unterrichts und aller Lernmittel einzuführen, ist man gezwungen, an den höheren Schulen das Schulgeld, an den Universitäten die Kollegialgebühren — beträchtlich zu erhöhen. Paul Westreich mag mir glauben, daß es unter solchen Umständen wirklich kein Vergnügen ist, preussischer Kultusminister zu sein. . . .

Zweitens: Die Ausführungsbestimmungen zu dem Erlass über die Befreiung vom Religionsunterricht, die während ich kurze Zeit von Berlin abwesend war, vom Ministerium herausgegeben wurden, sind in der Tat unhaltbar und inzwischen auch von mir bereits außer Kraft gesetzt worden.

Drittens: Die Verfügung über die Anbahnung der Kollegialen Schulleitung durch die Erweiterung des Konferenzrechtes bedeutet die Grenze dessen, was auf diesem Gebiete auf dem Verordnungswege geändert werden konnte. Weitergehende Reformen sind nur auf dem Wege der Gesetzgebung durch Änderung des Schulunterrichtsgesetzes möglich. Da aber der Weg der Gesetzgebung lang und dornig ist, so glaubte ich im Interesse der Schule sowohl wie der Lehrerschaft zu handeln, wenn ich das Mögliche ohne Zögern schon jetzt tat.

Viertens: Die Verfügung über die Neuordnung der Elternbeiräte liegt seit mehr als einer Woche fertig und fertig vor. Sie ist nur deshalb noch nicht veröffentlicht worden, weil vorher noch der aus Sachverständigen aller Richtungen zusammengesetzte Erziehungsbeirat gehört werden sollte. Das wird in den allernächsten Tagen geschehen.

Fünftens: Die Schulgemeindegewegung ist keineswegs so völlig im Sande verlaufen, wie Genosse Westreich meint. Ich habe mir auf Grund der amtlichen Berichte in den letzten Tagen eine Zusammenstellung darüber machen lassen, in wieviel höheren Schulen Preußens seit dem Januar dieses Jahres Schulgemeinden oder ähnliche Einrichtungen eingeführt worden sind und fand durch das Ergebnis meine — allerdings keineswegs hochgespannten — Erwartungen in erfreulicher Weise übertroffen. Das Ergebnis der Erhebung wird demnächst veröffentlicht und auf Grund der bisherigen Erfahrungen sollen neue Richtlinien aufgestellt werden.

Endlich sechstens: Die Einholung der Zustimmung der vorgelegten Behörde bei Übernahme kommunaler Reiner durch Lehrer! Die Zustimmung selbst war im Interesse eines geordneten Schulbetriebes unbedingt geboten. Es ist aber ausdrücklich angeordnet worden, daß die Genehmigung nur dann verweigert werden darf, wenn Lebensinteressen der Schule gefährdet sind. Um aber jedem etwa denkbaren Mißbrauch durch untergeordnete Organe von vornherein einen Riegel vorzuschieben, habe

ich angeordnet, daß in jedem einzelnen Falle, in dem eine Verlegung der Genehmigung in Frage kommt, meine eigene Entscheidung einzuholen ist. Mit dieser Regelung hat sich die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung einverstanden erklärt, sie hat auch im Hauptauschuß keinen Widerspruch gefunden und ich glaube, auch Genosse Westreich kann sich mit ihr abfinden. Wenn wir nach einem halben Jahr die Bilanz ziehen, so wird sich — davon bin ich überzeugt — ergeben, daß sich Schule und Lehrer bei ihr gleich wohl befinden.

Schwindel I tot — es lebe Schwindel II!

In monarchistischen Staaten pflegt man die Ununterbrechlichkeit des monarchischen Regiments mit den Worten zu kennzeichnen: „Der König ist tot, es lebe der König!“ Die Kontinuität des „Freiheit“-Schwindels kann man dementsprechend durch die Worte ausdrücken: „Der Schwindel ist tot, — es lebe der Schwindel!“

In seiner Zeugnisaussage vom Freitag hat Genosse Scheidemann dem alten unabhängigen Schwindel ein Ende gemacht, daß die Januarunruhen von der damaligen Regierung „provokiert“ worden seien. Er hat ausgeführt, daß dies ja eine komplette Verrißtheit seitens der Regierung gewesen wäre, die gar keinen zuverlässigen Schutz gegen einen Aufstand besaß. Scheidemann hat das Unsinvolle der unabhängigen Behauptung so scharf gebrandmarkt, daß der unabhängige Verteidiger Dr. Weinberg plötzlich auf den Gedanken kam, Scheidemanns Aussage „andersrum“ zu benutzen und den Preispruch seiner Klienten zu verlangen, weil ja von einer richtigen Regierung bei solcher Schlußlosigkeit gar keine Rede gewesen sein könne. Man mag von diesem Juristentum halten was man will, jedenfalls ist die unabhängige Legende von der Regierung, die den Aufstand „provokiert“ habe, gründlich zerstört worden.

Aber bei den Unabhängigen stirbt ein Schwindel nur, um einem neuen Platz zu machen. Aus Scheidemanns Aussage konstruiert die „Freiheit“ mit der ihr eigenen Fälschungs- und Verdrehungskunst folgendes neue Jugklid für unabhängige Agitationsredner:

Scheidemann hat das Geständnis abgelegt, daß er und seine Gefährten in der Regierung das Arbeiterblut vergossen haben, um sich nicht lächerlich zu machen.

Das ist dieselbe Fälschungsmanier, wie im Falle Haase, nur noch um eine Grade übertrumpft. Was hat Scheidemann in Wahrheit ausgeführt? Scheidemann hat ausgesagt, daß die Regierung sehr gerne bereit gewesen wäre, die Räumung der besetzten Zeitungsgebäude auf friedlichem Wege durch Verhandlungen herbeizuführen. Die Gegenseite hat jedoch unmögliche Bedingungen gestellt und die Gebäude als Hauptquartier zur Durchsetzung politischer Forderungen behalten wollen. Hieraus, so führte Scheidemann aus, konnte sich die Regierung natürlich nicht enthalten, wenn sie sich nicht lächerlich machen wollte, sondern sie mußte nunmehr die Räumung der Gebäude durch militärische Gewalt anordnen.

Tatsächlich lagen also die Dinge so, daß die Befehle der Regierung durch offene Verhöhnung der Regierungsgewalt und Verweigerung eines friedlichen Abzugs die Gewaltanwendung gegen sich provoziert haben. Mit dem Moment, wo die Regierung sich dem Terror der Gewalthäufen unterworfen hätte, wäre sie als abgedankt zu betrachten gewesen. Die bewaffneten Befehlsorgane waren es, die zuerst an die Gewalt appelliert hätten, sie waren es, die weiter kraft ihrer Waffengewalt von der Regierung Konzessionen erziehen wollten und die es damit auf die Entscheidung der Waffen ankommen ließen. Wenn sie nachträglich als die im Kampfe Unterlegenen über Gewaltanwendung gegen sich zetern, so ist das eine ebenso infame wie verächtliche Heuschrecke, nicht ein Haar besser, als wenn sich etwa Herr Ludendorff über die Gewaltmaßregeln der Entente beschwert. —

Kammerspiele: „Jwanow“ von Tschchow.

Auch dieses Stück ist, wie die meisten der russischen Dramen, die man auf deutschen Bühnen sah, ein Gemälde der Willenslosigkeit. Eine Gesellschaft enger, verdorbener Menschen, von denen die besten unter der Empfindung ihrer Verdrüßung selber leiden, gruppiert sich um die Mittelfigur eines unter dem Druck unentrinnbarer Depression melancholisch hindämmenden Psychopaten. Er sagt, daß er seinen Zustand nicht versteht; und ebensowenig versteht ihn der Zuschauer, wenigstens nicht in dem bisherigen Sinne intimer Mitleidens. Das Psychologische tritt hinter dem Kathologischen zurück. Ein junges Mädchen, das in schwärmerischer Liebe den schwermütigen Jelden „reizen“ möchte, vergleicht ihn mit Hamlet. Aber in diesem wird die krankhafte Anlage durch seelische Faktoren ausgelöst und so der Eindeutigkeit einer inneren, für Verstand und Phantasie fahrbaren Motivierung erzeugt. Bei Jwanow fehlt jedes solches psychisch erklärende Moment. Sein Traßsinn ist ein bloßes trauriges Phänomen, wie die Schwindelucht, die seine Frau verheißt. Er war ein fröhlicher und unternehmender Wesen, ein Feuerkopf voll großer Pläne. So erlitten er seiner späteren Frau. Was in den fünf Jahren seiner Ehe ihn so von Grund aus verwandelt, jede gesunde Lebensregung jedes teilnehmenden Interesses in ihm gelöhnt hat, das läßt sich nirgendwo ein Aufschluß finden. Daß seine Liebe für die erst mit solcher Leidenschaft besessene Frau allmählich abstrich, stellt sich ihm selbst als eine bloße Folge jener Wandlung, nicht als ein Grund, aus dem sie fliehen könnte, dar. Der Lebensüberdruß hat ihn wie ein Fieber gefaßt. Die Nerven kreisen eben.

Wolff in der Hauptrolle gab eine glänzend durchgeführte Studie, die aber unter diesen Umständen doch nur jenes peinliche Mitleid, das die Geschichte einer hoffnungslosen Krankheit einflößt, erwecken konnte. Nach dem anfänglichen Scheitern einer hübsch geführten, sozianierten blattierten Gleichgültigkeit öffnete sich der Blick in das stille querschnittliche Leiden eines Menschen, der seine Schwäche als Charakterfehler empfindet und sich in ewiger Anklage selbst verhaftet. Fest fährt er, der im Grund so Welch, bei jeder kleinen Weigerung auf; und die Frau, die er die Dinge der Frau nicht erwidern kann, trägt sich in einer eifigen Räte aus. Alle die Fortwürfe, die ihm der Frau — ein weltfremd abstrakter aufdringlicher Tod — macht, erkennt er an, doch ohne, daß das im mindesten in seinem Verhalten etwas ändern könnte. Die innere Witterung erglänzt sich durch die der Umgebung. Willenslos steht er zu, wie sich die Tochter seines Gutsnachbarn in ihn verliebt. Es kommt ihm mahlos über die Lippen. Und doch umarmt er sie in einer stüchtligen Aufwallung der Illusion. In diesem Augenblicke überfällt ihn seine Frau, und ihre grenzenlose Dinge schlägt nun in bittere Eifersucht um. Sie nennt ihn einen struppeligen Mittstücker, und seine Empörung treibt ihn zu der Erbärmlichkeit, daß er ihr ins Gesicht schreit, noch des Arztes Diagnose werde sie in Kürze sterben müssen. Auch als die Krone wirklich stirbt, findet er nicht den Mut, ein Ende zu machen. Erst am dem Tag, für den seine Tochter mit dem jungen Mädchen angeheiratet ist, greift er zur Wiskole.

Marla Fein, Wolffs Partnerin, verließ der Kranken Frau sinnig und reine Bescheidenheit. Unter den anderen Figuren des stimmungsvollen, abendlichen Ensembles traten Werner Krauß, beschnappter Gutsbesitzer und Rühnes Fein angegriffener, un-

„Handgreifliche“ U. S. P. D.-Argumente.

Aus Kassel wird gemeldet: Der mehrheitssozialistische kommissarische Landrat in Schmalkalden ist bei der ersten Kreisversammlung von den Unabhängigen, die einen eigenen Landratskandidaten aufgestellt hatten, tätlich angegriffen worden. Zwei sozialistische Reichwehrtuppen sind in Schmalkalden eingerückt.

Ideenarmut und Mammonismus.

In der „Deutschen Tageszeitung“ behauptet Herr Dr. Rosfeld, daß wir gar nicht so arm an Ideen seien, wie im allgemeinen von linkerseits behauptet wird. Will er damit vielleicht auf die Ideenarmut schonend hinweisen, mit der die reaktionäre Presse seit zehn Monaten nichts anderes tut, als der schäneren alten Zeit nachzujammern? Allerdings sind ihm die Ideen, die er der Sozialdemokratie einräumt, höchst unermüdet. Er macht nämlich die staunenswerte Entdeckung, die Sozialisten blühen dem Mammonismus an und bezeichnen alsbald diesen Mammonismus als die energiereiche Heranziehung der Vermögen zur Besteuerung. Der Mammonismus, den die Ecken, welche sich um die „D. Z.“ gruppieren, vor der Revolution wie ein liebes Kind hegen und pflegen, war natürlich gottgewollt und volkserhaltend. Nur die Anhebung der Steuerschraube, die sich endlich einmal gegen sie selbst richtet, ist natürlich verderblich und bedeutet — früher hätte man gesagt Landesverrat, jetzt nennt man's Bolschewismus. Das ist überhaupt das Schreckgespenst, mit dem sich die Herren Akademiker immer zu wehren suchen, wenn es ihnen einmal an den Krügen geht. Nichts, Herr Rosfeld, zählen müssen Sie doch, und gerade das wird uns am besten vor dem Bolschewismus schützen.

Ihre Geistesverfassung.

Der deutsche „Trend“ für das babylonische Deutschtum in den Grenzmarken veranstaltete am Freitag einen Kongressabend, zu dem der alldeutsche Chorus den lieblichen Zusammenklang schaffte. Zunächst sprach der unvermeidliche Graf Westarp, den, nachdem er monatelang von der politischen Bühne verschwunden war, wieder aufgetaucht ist; hierauf kam es zu den ebenso unvermeidlichen Guldigungsansprachen für Ludendorff, welcher der Feier — Augenblicke in Jülich — beizuwohnte. Das alles war harmlos, und die Versammlung geriet erst in rechte Stimmung, als ein Herr Dr. Kump das Wort nahm. Zehn enthalten die Schätze des Deutschtums ihren Habschrauber und geben ihre wahren Gesinnung in hässlichen antisemitischen Rundgedungen bezeichnenden Ausdruck.

Zum Schluß wurde eine schwarze Liste aufgestellt, auf der natürlich an der Spitze Erzberger und Scheidemann stehen; am nächsten kam Prinz Max von Baden davon, der 20 Fürsten um eine Protestnote — um „Krone und Thron“ hieß es in der Versammlung natürlich — gebracht hat. Zum Schluß erwähnte der erst christliche Herr Dr. Kump die Hoffnung Ausdruck, alsbald wieder den deutschen Kaiser begrüßen zu dürfen. Wie schließen uns dieser Hoffnung aus vollem Herzen an.

Kleine politische Nachrichten.

Die Deutschnationalen auf dem Arbeiterkongress. Am Mittwoch wurde in Steglitz der „Bund deutscher Arbeiter“ gegründet, zu dem angeblich zwei, den nationalen Gedanken in unserer Arbeiterschaft wieder zu Ehren zu bringen“. Die Deutschnationale Volkspartei wird die Erziehung des Kleinleins übernehmen.

Die Werbestraft des Kommunismus. Sinowjew hat in einem Beiratsartikel in der „Jawestka“ den zahlenmäßigen Bestand der kommunistischen Parteien Rußlands auf etwa 800 000 Mitglieder angegeben. Selbst Sinowjew bezeichnet das für ganz Rußland als etwas wenig, besonders wenn man berücksichtigt, daß die kommunistische Regierungspartei seien, während die Kommunisten Rumänens 101 000 und Bulgariens 50 000 Mitglieder zählten, ohne die Regierung innezuhaben. In Petersburg zählten die Bolschewiki vor einem Jahr noch über 15 000 Mitglieder, von denen vor zwei Monaten nicht mehr als 7200 übriggeblieben seien.

verschämter Gutsoverwarter mit besonders markanter Charakteristik herbor. Das Publikum behielt sich schweigend.

Conrad Schmidt.

„Der Vielgeliebte“.

Die im Theater am Rollendorfsplatz aus der Taufe gehobene neue Operette ist von welcher Seite immer betrachtet, ein Schläger; der geradezu pompöse Erfolg bestätigt nur diesen Eindruck. Der Komponist Rühnde offenbart sich wieder als vornehmster Melodiker und gewiefter Meister glänzender Instrumentierungskunst. Nirgend verläßt er jene manierierten Oberflächlichkeiten, die jeder, mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen, zum Kennzeichen des erschreckenden Krisenjahres der Operette seit Jahren gehört. Er schöpft aus eigenem Vorrat, und was da gutgeht, hat echten Witz und tollkühnen, einschmeichelnden Klug. Nirgend tritt ein tiefes, tiefes Sentimentalität, allenfalls ein Nostalgisches und frischer Humor, der, wenn es die Situation erfordert, auch jede Grotesksprünge macht. Die Partitur dieser Operette reiht einen Schläger an den anderen. Einziglicher Humor hat die Oberhand. Prachtvoll sind die Musikstücke entwickelt und aufgebaut. Das geistliche Maßverhältnis von den Frauen bildet gewissermaßen das Leitmotiv. Und es ist wahrhaft wirksam in den so reichen wie mannigfaltigen Melodienklang gefaßt. Und dieser entspringt der jeweiligen Situation einer von Herman Haller, man darf befehlen, sinnig erdachten Handlung die himmelstürzende Aidaemus durch witzvolle Verse zu steigern mußte.

Ein jugendlicher Springhahn ist nach daran, eine Juwelenkette an einen Heber zu verleiern. Wie er den Heber dank seines liebreichen Umgangs mit allen Frauen, die keine Bahn trugen, gewinnt und die Liebe dazu, das wird reichlich angesprochen.

Das Werk hat eine wunderbar farbige Bildhaftigkeit für die Aufführung erfahren. Dazu kommt ein erlebter Kreis erstklassiger Gesangskräfte und vornehmer komischer Rollen, die wie Eduard Wiedenheim, Grete Freund, Claire Waldoff, Hagen Reg, ja längst erkrankte Lieblinge des Publikums sind. Und ferner einige Vertreter komischer Nebenrollen, wie Josef Commer als Scheidemanns Oberknecht, Karl Wepert, Bruno Wiestner, Agni Wille und Missi Schütz. Die Polonaisen, Gavotten oder sonstigen Ensemble- und Groteskstücker wurden durch das vornehmste Regal einstudiert und entpuppt gegeben. Ungezählte künstlerische Hervortritte der Autoren und Darsteller von Alt zu Alt — kurz: ein sensationeller Erfolg. Ernst Kreiswiler.

Verträge. Franz Dillberg bricht am 22. Okt. 8 Uhr im Lammonium über „Die Aufgabe des deutschen Dramatikers in dieser Zeit“.

Die Werke Friedrich Nietzsche sollen noch in diesem Monat in einer neuen neuauflagen Ausgabe bei Alfred Bröner in Leipzig erscheinen. Alles, was der Denker und Dichter, der 1900 starb und jetzt 73 Jahre alt geworden wäre, druckfertig hinterließ, wird darin enthalten sein.

Heber Roden und Recht wird Finanzminister Dr. Sabelum in der Technischen Hochschule in dem Vortragshaus sprechen, den das Seminar für Städtebau, Wohnungs- und Siedlungswesen im November veranstaltet.

Der Aelz-Juander-Verlag versendet einen Gesamt-Verlagskatalog seiner Werke.

Schildkrauts Verwandlungen.

Im Theater der Friedrichstadt will Rudolf Schildkraut zeigen, daß er noch immer der unangenehme, aber auch der bewußtlose unter den berühmten Schauspielern ist. Er kam nach Berlin zurück und stellte sich nicht etwa in die vornehme Phalanx der Reinhardtianer, nein, er überlebte in ein Theater, das sonst eher etwas groben Nuse dient. Oben der „Mädchenpalast“ und unten die Bühne, auf die es vom Fortritt hintertrampelte, während der alte, große Komödiantenpaganand ein Stück Scheinleben zur Wirklichkeit heraufschob. Das schiere Leben herrschte von oben her. Auf der Bühne Schminke, allzuviel Verläde, die nicht einmal festgeschminkt worden war. Alles war von vornherein auf Bombenbereitschaft angelegt. Die Pappkulissen wackelten mächtig, wenn die populäre Leidenschaft an ihnen rüttelte.

In drei Akten will Schildkraut spielen. In drei Akten will er jedenfalls eine andere seiner Tugenden zeigen. Erst die reißige Gemütslichkeit, die purgierend breitspurige Klugheitslosigkeit, die loslösende Menschlichkeit des kleinen Kammers, der an seinem Herrn Sohn Vaterstolz ausstößt. Im zweiten Akt bis ins Affentheater hinaufgetriebene Passionenpläne und plötzliche Wutkur in das winternde und zerstückelnde Menschentum. Der gute Vater wird ein verkannter und verlassener König Lear. Überlebt in dem Dialekt des Wiener Weiltos. Dritter Akt: Murren, Verzweiflung, goldenes Herz, das nicht loszulassen und zu enttäuschen ist. Beinahe eine Gewandtheater. Clownspantomime dazu, wenn der Kaiser, der getrunken werden muß, zu heiß ist und der verdrähte Trinker dem dummen August die Geimassen nachschneidet. Endlich eine Dominospartei und eine Bilanz im vielumblätterten Konjunkturbuch, wobei das Bedauern des Daumens und das Krusteln des Knöchels auf den Nasenknubben allein schon eine Augenweide verschaffen. Es bleibt noch in allen drei Akten das altere Herrenfeldtum, mit dem Schildkraut bei seiner Müdigkeit die Berliner beglücken möchte.

Er ist so vornehmlich, daß er in der Pöste „Doktor Stieg-Ilh“, die von ihren Verfassern Armin Friedemann und Ludwiga Netz als eine Familienkomödie ausgegeben wird, Gefühl und Klugheit und Vaterliebe beinahe trogisch aufspielt. Der kleine Mann ist sehr rühlich geworden. Das Rollen seiner runden Daumen, das Klammern seiner spitzen Augenlein, das Hoden seiner schwarzen Nase in einem Sorgenstuhl, das Wollen seiner Hände, alles das wäre dieses Komödiantentum, wenn es nicht bis zur Vollendung geweiht und verflärt wäre. —

Ich erinnere mich, wie ich einmal mit Schildkraut über Sand ging. Wir wanderten im Lustgarten von Teroneren, den Leopold II. von Belgien angelegt hat. Da sah an dem Coeser ein blattlicher Bettler, halb zerstreutes Mühsandstück, halb indischer, ausgemerzelter Heber. Diese Armuts- und Bogabundenzüge schienen unheimlich seltsam. Die Armut war sehr Armen und Entarteten. Ich: Schildkraut, wenn Sie das nachmachen könnten! Seine Schwärze, und neben mir stand der gleiche Bettler, der ausfah, wie jener, der dort am Coeser die Hand blüffte. Das alles kann Schildkraut. Das Stück, das er diesmal spielt, ist natürlich nur für ihn geschrieben. Und Schildkraut, immer nur Schildkraut, obwohl das Stück ihm meist im Wege ist. Neben ihm verdienen Lotte Schönefeld, Woldi Augustin und Richard Georg mancherlei Lob. Max Hochdorf.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Befestigung der Berliner Streikbewegung förderte die Kaufkraft an der Börse. Die Tendenz war wieder ausgesprochen fest und das Geschäft auf einzelnen Gebieten recht lebhaft. Besondere Bedeutung fanden wieder Kolonialwerte, von denen Siam Salpeter die Führung hatten und sehr rasch einen Kurs von über 1000 Brg. erreichten. Seit waren ferner Komono-Anteile, Ostavi und Colmanfop. Vektolumwerte behaupteten ungefähr ihren gestrigen Schlusskurs. Auch Canada waren wenig verändert. Am Montanmarkt zeigte sich für Phönix Kaufbecher. Von Schiffahrtaktien waren Argo und Deutsch-Australier gesucht. Auf Harzwerte übte die bekannte Kapitalüberhöhung seinen Einfluß aus, einzelne, wie Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, bühten einen Teil der erzielten Kriegsgewinne ein. Am Bäckungsaktienmarkt war die Kursentwicklung keine einheitliche. Banken und Anleihen waren wenig verändert.

Groß-Berlin

Handwerker, Hauswarte und Portiers! Die Rohrleger und Helfer Groß-Berlins befinden sich im Streik. Die Reparaturen an Wasserleitungen und Abflußröhren, Gasleitung und Heizungsanlagen werden jetzt vielfach von Streikbrechern ausgeführt, die sich als selbständige Meister, Klempner, Schlosser usw. ausgeben. Vielfach ist das jedoch nur ein Deckmantel, hinter dem sich gewöhnliche Egoisten als Streikbrecher verbergen. Wir bitten in jedem Falle nach der Arbeitsberechtigungsliste zu fragen. Diese ist von roter Farbe mit dem Stempel „Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins“ und der Unterschrift Max Riese versehen. Wer eine solche Karte nicht aufweisen kann und trotzdem obengenannte Reparaturen ausführt, ist als Streikbrecher zu betrachten. Wir bitten in jedem Falle Meldung an die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins, Engelsufer 15, Gewerkschaftsbaus, Saal 2 (Tel. Moritzplatz 4407) zu erstatten. Die Streikleitung der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins.

Übernahme der Einwohnerwehren durch die Gemeinden.

Nachdem infolge des Friedensvertrages das Heer auf 200 000, eventuell auf 100 000 Mann verringert werden muß, ist die Weiterführung der Einwohnerwehren auf Kosten der Kreisverwaltung unmöglich geworden. Die Militärverwaltung hat den Groß-Berliner Gemeinden mitgeteilt, daß sie mit dem 1. November die Zahlungen für die Einwohnerwehren einstellt. Um die notwendige Einrichtung der Einwohnerwehren zu erhalten, werden nun die Magistratsbehörden von den Stadtverordnetenversammlungen die Bewilligung der notwendigen Kosten beantragen. In Charlottenburg soll die Einwohnerwehr sukzessive aus 8 Offizieren und 125 Mann, in Wilmersdorf aus 8 Offizieren und 180 Mann, in Schöneberg aus 8 Offizieren und 40 Mann bestehen. Steglitz und Friedenau haben ebenfalls 8 Offiziere und 40 Mann vorgesehen. — Als erste der Stadtverordnetenversammlungen Groß-Berlins wird sich am kommenden Montag die Schöneberger mit dieser Angelegenheit befassen. Der Magistrat veranschlagt die Kosten für den Wachen in der Zeit vom 1. November bis 31. März nächsten Jahres auf 90 000 Mark. Er weist in der Begründung seiner Vorlage darauf hin, daß die Einwohnerwehren in den letzten Monaten im Verein mit der Sicherheitspolizei die Bürgerwehr gegen das anwachsende Verbrechertum, gegen Vandalendiebstahl und Plünderungen geschützt haben. Ein wesentlicher Teil der Volkswirtschaften wird durch die Einwohnerwehren geschützt, was einen bedeutenden Rückgang der Zahl der Einbrüche zur Folge hat.

Aus Notwehr erschossen. Gestern nachmittag hatte ein Weihen-seeer Beamter 85 000 M. hinterlegene Kriegsgewinnsteuer bei einem gewissen Schubert in der Berliner Allee einzuliefern. Kaum hatte der Beamte das Zimmer betreten, sprang Schubert mit geladener Pistole auf ihn zu und legte auf ihn an. Der Verwaltungsschreiber schlug die Waffe beiseite, so daß der Schuß fehlging. Der Bedrohte wollte nun flüchten. Schubert aber schloß die Tür hinter sich von innen ab. Im Verlauf des nun folgenden Ringkampfes gelang es dem Beamten, Schubert die Waffe zu entreißen und ihn durch einen Schuß außer Gefecht zu setzen. Leider traf der Schuß so unglücklich, daß Schubert gestern nachmittag seinen Verletzungen erlag.

Angeschossen und doch entkommen ist in der vergangenen Nacht ein Einbrecher, der mit drei Helfershelfern auf freier Tat ertappt und festgenommen worden war. Ein Kriminaloberwachtmeister merkte gegen 1 Uhr nachts, daß in einem Ledernarengegeschäft in der Straßburger Str. 15 etwas nicht in Ordnung war. Er schlich sich heran, stellte fest, daß vier Einbrecher eilig bei der „Arbeit“ waren, holte einige Polizeiwachtmeister zu Hilfe und nahm mit ihnen die ganze Gesellschaft nach einem vergeblichen Fluchtversuche fest. Auf dem Wege nach der Wache rief sich einer der Verhafteten plötzlich los und ergriß die Flucht. Als er auf wiederholten Anruf nicht stand, gaben die Beamten mehrere Schüsse ab und trafen ihn auch. Trotzdem gelang es dem Flüchtigen, in der Dunkelheit zu entkommen.

Ein 15jähriger Schwindler treibt in Groß-Berlin sein Unwesen. Er kundschaftet die Arbeitsstellen von Männern aus, beschafft dann die Frauen und erzählt ihnen, die Männer hätten Gelegenheit gehabt, Butter und Fleisch billig zu kaufen, aber nicht genügend Geld bei sich. Sie stehen bitten, ihm den Restbetrag mitzugeben, um sich die gute Gelegenheit nicht entgehen zu lassen. Die arbeitslosen Frauen gehen dem durchtriebenen Schwindler auch mit, was es verlangt und sind ihr Geld los. Der jugendliche Schwindler trägt eine schwarze Hose mit roter Biese.

Woh an unsere Geliebten. Nach neuester Mitteilung der britischen Redden bleibt eine Anzahl deutscher Gesandener bei dem britischen Heer in Frankreich zurück und ist in Gefangenenskompanien zusammenschloß. Die Nummern von 701 aufwärts erhalten haben. Sendungen an Geliebte bei diesen Kompanien werden nach wie vor zur Postbeförderung angenommen.

Bankrott. Die gestrige Gemeindevertragsprüfung, deren Verhandlungen sich infolge Obstruktion der Unabhängigen bis 1 1/2 Uhr nachts hinauf, sah mit 88 gegen 19 Stimmen der Unabhängigen den Beschluß, dem kommunalen Arbeiterrat vom 1. November die Finanzierung zu verweigern.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Ziegel. Vom 20. bis 26. Okt. 200 Gramm Graupen (99), 200 Gramm Weizenmehl (90), 150 Gramm Saago (91).
Genussmittel. Montag: Segugschne über 500 Gramm Weizenmehl für Leute über 70 Jahre, über 3 Jahre Feld für Kinder unter 9 Jahren, 2 Pfund Reis für Kinder unter 9 Jahren. Dienstag: Segugschne für Kinder von 2 bis 6 Jahren über ein Pfund Rindfleisch, ein Pfund Zwieback für Kinder bis zum vollendeten 11. Jahr. Mittwoch: 200 Gramm Gahrschoten (A 6), 170 Gramm Nudeln (A 7). Donnerstag: 500 Gramm Bohnen (B 10) und 75 Gramm Bohnenmehl, 800 Gramm Kartoffelmehl (B 11).
Permdorfen. 2 Pfund Rindfleischmehl und 2 Pfund Gahrschoten für Kinder im 1. und 2. Lebensjahr, für werdende Mütter (vom 4. Monat ab) und Säuglinge. Segugschne gegen Mischlente im Gemeindefürsorgebureau, Zimmer Nr. 6.

Jugendveranstaltungen.

Tempelhof-Mariendorf. Sonntag 6 Uhr im Gymnasium, Kaiser-Krohe, Elternabend. Gesang, Vorträge, Ansprache, Musik, Regitationen. Karten 1 M. auf den Veranstaltungstagen.

Bildungsveranstaltungen.

Steglitz. Sonntag, 7 Uhr, im Saalraum J. Rothensburgerstraße, zur Begründung der Handelsschule. Vortrag über die Bedeutung der Handelsschule. Karten 1 M. auf den Veranstaltungstagen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Buchdrucker und der Streik.

Am Sonnabendvormittag nahm eine Vertrauensmännerversammlung der Buchdrucker erneut Stellung zu der Frage, ob nachdem der Heizerstreik bei Rosse und Scherl ausgebrochen war, in den übrigen mit Strom aus den städtischen Kraftwerken betriebenen Druckereien weitergearbeitet werden darf. Ueber diese Frage hat die Vertretung der Buchdrucker am Freitagabend mit der Künstlerkommission und der Gewerkschaftskommission verhandelt. Nächst, der über diese Verhandlungen berichtet, führte u. a. aus: In der Gewerkschaftskommission war man darüber einig, daß der gestrige Streik von den Streikbrechern erzeugt sei. Meinungsverschiedenheit herrschte aber darüber, ob nun in allen Betrieben, wo dieser Strom benutzt wird, die Arbeit niedergelegt ist. Die Metallarbeiter waren der Ansicht, daß die Buchdrucker die Arbeit niederlegen sollten. Andererseits wurde aber die Auffassung vertreten, daß doch die Metallarbeiter, wenn sie zunächst eine Verschärfung des Streiks für notwendig halten, zunächst alle Metallbetriebe, von denen ja noch viele arbeiten, in den Streik einbezogen müßten. Man könne von den Buchdruckern nicht verlangen, daß sie sich an dem Streik beteiligen, wenn nicht dasselbe von allen übrigen Arbeitern verlangt werde. — Während der Sitzung wurde bekannt, daß die Metallindustriellen sich zu Verhandlungen bereit erklärt hätten. Darnach erklärten dann die Maschinenisten und Heizer, daß sie den Streik ablehnen, denn durch denselben sollte ja nur erreicht werden, daß die Unternehmer verhandeln. Diese Bedingung sei jetzt erfüllt, also nehmen die Maschinenisten und Heizer die Arbeit wieder auf. Solange der Künstlerkommission suchte man die Maschinenisten und Heizer zur Fortsetzung ihres Streiks zu bewegen. Aber der Vertreter der Maschinenisten und Heizer erklärte: Wir haben den streikenden Metallarbeitern gegenüber unser Versprechen gehalten, indem wir in den Streik eingetreten sind, wir wollten auch unser Versprechen, was wir der Beibehaltung des Streiks gegeben haben, nämlich den Streik in dem Augenblick abzubrechen, wo sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit erklären.

Während in der Sitzung über diese Angelegenheit diskutiert wurde, traf die Mitteilung über den Erlaß Roskes ein. Jetzt wurde verlangt, wenn der Erlaß nicht zurückgezogen würde, müßte der Generalstreik proklamiert werden.

Nun wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern, der auch Albrecht angehört, zu Roske geschickt. Die Unterredung mit Roske war sehr herzlich. Er erklärte, daß er auf beiden Seiten, zunächst wollte Roske von einer Zurücknahme nichts wissen. Man hielt ihm vor, daß er, sowie die Regierung überhaupt, die Fühlung mit den Arbeitern verloren habe. Er meinte, man solle sich doch mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung setzen. Dieser Erlaß, der unmittelbar vor dem Eintritt in die Verhandlungen der Unternehmer mit den Streikenden herausgegeben wurde, müßte doch im höchsten Maße verblüffend auf die Arbeiter wirken. Roske hätte doch mit dem Erlaß warten können bis 6 Uhr, wo es sich entscheiden müßte, ob die Unternehmer in Verhandlungen eintreten. Die Unterredung endete damit, daß Roske erklärte, er gebe den Erlaß in dem Augenblick zurück, wo die Maschinenisten und Heizer die Arbeit in den lebensnotwendigen Betrieben wieder aufnehmen. — Damit war die Kommission zufrieden. Sie kehrte in der Sitzung der Gewerkschaftskommission zurück, wo noch lange debattiert, aber kein Beschluß gefaßt wurde.

Für die Buchdrucker — sagte Albrecht — ist die Situation nun klar. Die Maschinenisten und Heizer haben am Freitagabend 8 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen, soweit es noch nicht geschieden ist, wird es im Laufe des Tages geschehen. Die Technische Rothilfe wird zurückgezogen, es kann also in den Druckereien gearbeitet werden. Für die Arbeiter anderer Berufe liegt kein Anlaß vor, aktiv in den Kampf der Metallarbeiter einzutreten. — Jwerner teilte mit, als am Freitagvormittag vor der Sitzung der Gewerkschaftskommission die Kommission der Buchdrucker mit dem Gewerkschaftsausschuß verhandelt und er (Jwerner) mit anderen Kollegen vor dem Sitzungssaal wartete, kam ein Mitglied der Künstlerkommission, Lenke, heraus und bemühte sich, die Buchdrucker zu beruhigen, daß Erklärungen der Abendzeitungen zu verbieten. Die Buchdrucker lehnten aber ein Vorzeichen, ohne daß ein Beschluß der verschiedenen Instanzen gefaßt sei, entscheiden ab. In der Sitzung der Gewerkschaftskommission habe Roske beantragt, die Maschinenisten und Heizer sollten so lange im Streik ausharren, bis der Roskesche Erlaß und die Rothilfe zurückgezogen seien. Schlichting, der Vorsitzende des Verbandes der Maschinenisten und Heizer, habe aber erklärt, der Streik seiner Kollegen sei durch die Verhandlungsbereitschaft der Metallindustriellen erledigt.

Darauf habe Roske seinen Antrag zurückgezogen. Die Gewerkschaftskommission habe eine Unterkommission von fünf Mitgliedern ernannt, welche die Anwesenheit der Rothilfe prüfen und entscheiden soll, ob aus Anlaß der Rothilfe der Generalstreik eintreten soll. Der Redner protestiert dagegen, daß einer fünfköpfigen Kommission eine so weitreichende Macht beigemessen werde.

Albrecht teilte mit, in der Rohmittagsführung des Gewerkschaftsausschusses habe Roske versucht, die Buchdrucker zur Stilllegung der Betriebe zu veranlassen.

Anderer Redner gab den Heizerinnen aus, daß der Metallarbeiterstreik trotz aller gegenständlichen Versicherungen der Streikleitung politische Tendenzen habe.

Nachdem sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit erklärt hätten, sei der Streik durch den Erlaß Roskes als ein willkommenes Mittel zur Fortsetzung und Verschärfung des Streiks erschienen. Man habe den Eindruck gehabt, die Streikleitung habe erwartet, daß Roske den Erlaß nicht zurückziehen werde. Ueber Roskes Infolge sei die Streikleitung enttäuscht gewesen.

Schlichting sagte in einer Sitzung der Gewerkschaftsversammlung, die dem Metallarbeiterstreik vorausging, habe Roske erklärt, wenn der Metallarbeiterstreik ausreicht, dann wolle er nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt.

Das spricht deutlich dafür, daß ein politischer Streik beabsichtigt war. Wenn er trotzdem auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt wurde, so ist das nur dem Eintritt der Gewerkschaftskommission in den Streik zu danken.

Die Versammlung beschloß, daß nachdem die Metallindustriellen in Verhandlungen mit den Streikenden eingetreten sind, die Buchdrucker von weiteren Maßnahmen Abstand nehmen, bei einer etwaigen Verschärfung des Kampfes aber den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission und der Künstlerkommission Folge leisten werden.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Aufhebung der Presseverbote verlangt, und ein anderer Antrag, der fordert, daß die Technische Rothilfe von den Gewerkschaften bezogen werden soll, daß die von der Regierung organisierte Technische Rothilfe überflüssig wird.

Nach der Abstimmung sagte ein Redner, in der von Schlichting ermittelten Vorbesprechung habe sich Roske dahin geäußert, ein so großer Streik, wie der in der ganzen Metallindustrie fände leicht auf das politische Gebiet überzugehen und dann würde es um den Endkampf gehen. Doch Roske den politischen Streik herbeiführen wolle, habe er nicht gesagt.

Über das ist doch daselbe, was Schlichting sagte, wurde dem Redner von verschiedenen Seiten zugehört.

Wie Streikbeschlüsse zustande kommen.

Zu der unter obiger Ueberschrift in der Freitagabendnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Zuschrift aus dem Betriebe der Firma Gieseler u. Robert erhalten wir von dem streikenden Brandenburger der Berliner Gürtler, Gen. E. Weber, eine Erwiderung, in welcher der im „Vorwärts“ dargestellte Vorgang zwar nicht bestritten, aber betont wird, daß er, W., die dritte Abstimmung über den Eintritt in den Streik nicht veranlaßt, sondern zu derselben gerufen worden sei. Die Tatsache selbst, daß erst durch die dritte Sonderabstimmung nach Verufen der Streikbeschlüsse gefaßt wurde, wird durch die Zuschrift nicht bestritten.

Sie graß das Feld ab.

Die „Freiheit“ nämlich. Allemal, wenn eine Bewegung nicht nach den Wünschen der Katastrophopolitiker vom Schoneberg „Freiheits“ Leute ausläßt, wird Zuschau gehalten nach dem Schulbigen. Unter mannigfacher Verdrümmung sucht dann das unabhängige Organ, das zwar alle Dummheiten und Rücksichtslosigkeiten unverantwortlicher Stadglieder genau so gut als solche erkennt wie auch wir, aber aus Feigheit vor der radikalen Strafe dieselben nicht zu kritisieren wagt, die Schuldfrage zu verdrängen. Kein Wunder, wenn dieses berüchtigte Organ jetzt auch wieder Gift und Galle speit und den „Vorwärts“ bei den streikenden Metallarbeitern in der bekannten Methode herunterzureißen sucht.

Daß die „Freiheit“ zu diesem schäbigen Mittel greifen würde, wenn die Karte nicht nach ihrem Geschmack läuft, haben wir nach den bisher mit diesem Blatt gemachten Erfahrungen vorausgesehen. Das unabhängige Organ mag sich beruhigen. Wir werden in Kürze, wenn bis nun beginnenden Einigungsverhandlungen in einer betriebligen Beilegung des Konflikts in der Metallindustrie führen, unsere Stellung zu diesem Kampfe im Zusammenhang des näheren beleuchten.

Zum Streik der Magistratskräfte in Lichtenberg.

Der Magistrat von Lichtenberg teilt mit, daß er nicht in der Lage sei, den Bureauhilfsarbeitern über den Inhalt des Berliner Schiedspruches hinausgehende Zugeständnisse zu machen. Er sei aber bereit, mit den Hilfsarbeitern einen Tarifvertrag abzuschließen, der dem Inhalt des Berliner Schiedspruches entspricht. Die Bureauhilfsarbeiter werden aufgefördert, den Dienst bis Montag, den 20. d. Mts., vormittags 3 Uhr aufzunehmen. Denjenigen Hilfsarbeitern, welcher dieser Aufforderung nicht nachkommen, kann eine Bewährer dafür nicht gegeben werden, daß ihnen ihre Stellen weiter offen gehalten werden. Bis Montag früh wird der Magistrat Einstellungen von Hilfskräften nicht vornehmen.

In der Generalversammlung der Gastwirtsgeschäfte behandelte die Tagesordnung zunächst die Schweinmünder Resolution. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Die Generalversammlung billigt nicht nur das Verhalten ihrer Verhandlungsdelegierten, sondern hätte es sogar freudig begrüßt, wenn die sogenannte Opposition gegen die Schweinmünder Resolution schärfere Stellung genommen hätte. Die Generalversammlung stellt ausdrücklich fest, daß in der Schweinmünder Resolution von einem Mißtrauen gegenüber den Hauptverwaltungsfunktionären keine Rede gewesen ist. Die Opposition war nur mit der Kriegspolitik nicht einverstanden. Das von der Verhandlungskommission gebrauchte Wort „Mißtrauen“ ist lediglich nur zu demagogischen Zwecken benutzt worden. Die Ortsverwaltung Berlin verweigert sich gegen die Ausführungen Hagewalds in der Kommission, daß gegenüber den rechtsstehenden Lokalbeamten ein Terrorismus geübt wird. Die Generalversammlung glaubt nicht, daß die Verfasser der Schweinmünder Resolution die Tragweite ihres Urtrages erkannt haben. Die Generalversammlung erwartet für die Zukunft, daß auf zukünftigen Tagungen den größten Verwaltungsjahren mehr Rechnung getragen wird. Eine Vergewaltigung der Beamten und mittleren Verwaltungsjahren hat und ferngehalten und wird unendlich in Zukunft fern liegen. Nur dadurch, daß die Ortsverwaltung Teletanz läßt, nimmt sie von schmerzlichen Maßnahmen Abstand.

Zu Punkt 2: Quartalsbericht, wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung in längeren Ausführungen durch Siegelhards behandelt. Besonders hervorzuheben ist durch die neuen Räume des parlamentarischen Arbeitsniederlassens vorläufig am 1. November eröffnet werden, die Wahlen zur Krankenkasse, die Grenzstreifen mit dem Verband der Bäcker und Konditoren, welche teilweise bebaut worden sind. Der Mitgliederbestand ist von 15 688 auf 16 509 gestiegen. Warnat gab den Kassabericht, die Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 261 660,00 M. Der Kassendebet beträgt 10 016,90 M. An Kassendunterschlagungen wurden 13 000 M. gezahlt. Annotzelle in der Diskussion folgenden Vortrag: Die Delegierten beauftragen, den Arbeitslosen von dem bestehenden Kapital, welches seinerzeit gesammelt wurde, wieder eine Unterstützung zur Auszahlung zu bringen und nicht erst bis Weihnachten zu warten.“ Derselbe wurde angenommen. — In die Hauptverwaltung wurden gewählt: Cremer, Hohenste, Jansen, Gese, Albrecht, Habel, Wieseke. In die Revisionskommission: Siegelhards, Donath, Hünede. — Eine lebhaft Debatte entstand bei der Anstellung von neuen Beamten. Beschlossen wurde die Anstellung eines Sekretärs und zweier Beamten. Beschloß wurden die schon zum Lok tätigen Beamten Schröder, Wieseke, Horn, Spensdon, Hünede und Verlen. — Die Gehälter wurden wie folgt festgesetzt: Vorsitzender und Kassierer 600 M., Sektionsleiter 500 M., Sektionsbeamten 400 M., Bureaubeamten 350 M. Für die ersten vier Kategorien wurden außerdem 100 M. Aufwandsentschädigung und 40 M. Fahrlohn pro Monat bewilligt. — Zum Schluß gelangte noch eine Sympathieerklärung für die streikenden Metallarbeiter zur einstimmigen Annahme.

Wie „überzeugte“ U. S. P. D.-Mitglieder entstehen!

Wie das gesamte Personal der U. S. P. D. Betriebe, hatte vor einigen Tagen auch das kaufmännische Personal die Aufgabe von Kandidaten zum neuwählenden Arbeiterrat vorzunehmen. Bei den kaufmännischen Anstellten wurde ein Herr Dräger vorgeschlagen. Als Herr D. aufgeführt wurde, sein politisches Glaubensbekenntnis abzugeben, erklärte er, seiner politischen Partei anzugehören. Er werde jedoch der Partei beitreten, falls sie sich die Mehrheit der Kollegen entscheiden werde. Die U. S. P. D.-Anhänger hatten aber zu einem solch überaus unheimlichen Vertreter der Angestellten-Interessen nicht das nötige Vertrauen und bestanden deshalb einen Gegenkandidaten auf, der allerdings bei der jetzt stattgefundenen Wahl nicht die Mehrheit erlangte.

Wir gratulieren der U. S. P. D. zu ihrem neuesten Mitgliede und der „Freiheit“ zu ihrem neuesten Abonnenten.

Krise in der Damenwäsch-Industrie.

In der Berliner Damenwäsch-, Schürzen- und Unterrock-Industrie herrscht unter den Angestellten große Erbitterung über die in dieser Branche gezahlten miserablen Gehälter. Die Arbeitgeber besinnen sich auf den von einem Fachverband des Gewerkschafts-

